

Lutz Kirschner

Gesellschaftskonzeptionelle Vorstellungen der SED-Reformer in den 80er Jahren

Die Beschreibung und Erklärung von DDR-Geschichte bedarf unterschiedlicher Zugänge. Ein zentraler Forschungsgegenstand ist die politische Herrschaft und der gegen sie gerichtete Widerstand, das alltägliche eigensinnige Interessenhandeln der Individuen ein zweiter. Ich berichte über unsere Bemühungen, ein weiteres Untersuchungsfeld der wissenschaftlichen Arbeit zugänglich zu machen: die Vorstellungen und Aktivitäten derjenigen, die Kritik und Neugestaltung aus einer Perspektive der Selbstveränderung politischer Macht dachten.¹ Es geht also um die SED-Reformer, um die reformorientierten Diskurse innerhalb der Staatspartei. Ihre Thematisierung ist deshalb belangvoll, weil auch über sie die relative Funktionsfähigkeit und Stabilität von Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen verstehbar wird, wie gleichermaßen die in den späten 80er Jahren deutlich zunehmende Delegitimation des Honeckerschen Realsozialismus. In Reformdebatten reproduzierten sich die Bindungen eines nicht geringen Teils der politisch aktiven Bevölkerung, insbesondere der SED-Mitgliedschaft, an das Projekt sozialistische DDR. Solche Bindungen existierten neben und in widerspruchsvoller Beziehung zu Unterdrückung und Konformitätszwängen, und sie erhielten sich nicht deshalb, weil Realität einfach ignoriert oder nur beschönigt wurde. Reformdiskurse gaben den mit der sozialistischen Idee verbundenen Emanzipationshoffnungen eine konkret-historische Gestalt, sie unterstellten die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen und vermittelten so zwischen sozialistischen Idealen, dem fortgesetztem Engagement „für die Sache“ und einer kritischen Sicht auf die Wirklichkeit.

Ausgangspunkte, Problembeschreibungen und Veränderungsvorstellungen der SED-Reformdiskurse waren jeweils verschiedene. Die Debatten Ende der 40er Jahre und in den 50er Jahren kreisten vor allem um den Weg zum Sozialismus, das Verhältnis zur Sowjetunion, den Umgang mit dem Stalinismus und der deutschen Frage. In den 60er Jahren ging es auf der Basis der formell gelösten Machtfrage um eine den sozialistischen Zielvorstellungen gemäße funktionsfähige Gestaltung von Wirtschaft, Staat, Bildung, Kultur; Träger dieser Diskussion waren die in der Praxis tätigen „Macher“ der Aufbaugeneration und ihre intellektuellen Anreger und Begleiter. Diese Reformdiskurse sind in ihren wesentlichen Zügen, auch in ihrem Scheitern durch die jeweilige Hinwendung der SED-Führung zu Politiken von Machterhalt und Machtsicherung, dokumentiert und analysiert. Für die Debatten der 80er Jahre läßt sich das nicht in gleicher Weise feststellen. Ihre zentralen Akteure waren Vertreter der gesellschaftswissenschaftlichen Intelligenz unterschiedlicher Generationen. Nach dem Abbruch der Reformbestrebungen der 60er Jahre hatte ein Teil der damaligen intellektuellen Protagonisten Tätigkeitsräume an wissenschaftlichen Einrichtungen finden oder für sich erhalten können. Sie etablierten sich hier, arbeiteten in mehr oder weniger deutlicher Distanz zum dogmatisierten Marxismus-Leninismus und zur aktuellen Parteipolitik und wurden zu wissenschaftlichen Lehrern der nachfolgenden Reformergeneration. Für die Jüngeren - geboren in den 50er und politisch sozialisiert in den 70er Jahren -, war nach den fehlgeschlagenen Versuchen ihrer Eltern und den eigenen problematischen Erfahrungen mit DDR- und SED-Wirklichkeit der Weg unmittelbarer Praxisveränderung keine überzeugende Option mehr. Herausgefordert durch die Zuspitzung globaler Problemlagen, durch Veränderungen in der Ost-West-Konstellation und die Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern, kam es dann in den 80er Jahren an

¹ Zum hier vorausgesetzten Verständnis von Opposition, Interessenhandeln und Reformbewegung bzw. -diskurs vgl.: R. Land: Reformbewegungen in der SED in den 80er Jahren. Möglichkeiten und Grenzen, in: D. Pollack, D. Rink (Hg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt/Main 1997, S. 129-144.

Universitäten und Hochschulen, an Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu einem neuartigen Nachdenken über Prinzipien und Grundstrukturen des Sozialismus. Diese Reformdebatte fand ihren Höhepunkt in der Perestroikazeit, sie wirkte in den Krisenverläufen und Aufbrüchen des Herbstes 1989. Nach 1990 verschwand ein Teil der Reformer aus der politischen Öffentlichkeit; einige engagierten sich bei den Grünen oder im Umfeld der SPD, eine vergleichsweise große Gruppe betrieb die Reorganisation der SED zur PDS. Die wissenschaftliche Kenntnisnahme und Aufarbeitung dieser Vorgänge ist nach wie vor unterentwickelt, was in erster Linie der Materiallage geschuldet ist. Zwar liegen einige in diesem Zusammenhang wichtige Texte vor, so das SED/SPD-Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ und Dieter Kleins Buch „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“. Viele der Ausarbeitungen gerade der jüngeren SED-Reformer aber existierten nur als interne Veröffentlichung der jeweiligen Institution, gewissermaßen als „graue“ Literatur, oder wurden von vornherein als Diskussionspapier in nur wenigen Exemplaren in Umlauf gebracht. Die mediale Aufmerksamkeit, die die SED-Reformer im Herbst 1989 kurzzeitig erhielten, hat zwar einige Personen und Ideen insbesondere des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus bekannter gemacht und den Zugriff auf einzelne Materialien verbessert. Die kommunikativen Zusammenhänge jedoch, der jeweilige zeitgeschichtliche Kontext von Einzelmaterialien und ihr Stellenwert in einem fortschreitenden wissenschaftlich-politischen Konzeptbildungsprozeß blieben weitgehend im dunkeln. So ist es auch nicht verwunderlich, daß einerseits dort, wo man eine breitere Erörterung der SED-Reformdebatten der 80er Jahre erwarten könnte - wie in den Publikationen zur SED-Geschichte und PDS-Formierung - diese weitgehend fehlt², und andererseits Autoren, die auf Akteure, Positionen und Konzepte punktuell Bezug nehmen, zu differenten und konträren Deutungen und Einschätzungen kommen. Hinsichtlich des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus spricht Stefan Wolle beispielsweise von „Vertrauensleute(n) der Stasi an der Humboldt-Universität“, deren „Häresien von vorgestern ... (in) der DDR keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor(lockten)“³; demgegenüber sieht Sigrid Meuschel „eine ungewöhnlich modern anmutende Sozialismuskonzeption“, die von „individueller Autonomie, freier gesellschaftlicher Assoziation, kommunikativer Verständigung und der demokratischen Einhegung ansonsten unbeeinträchtigter ökonomischer Rationalität aus(ging)“⁴.

Angesichts dieser Situation hat die Berliner Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP) in den vergangenen Jahren ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt⁵ realisiert. In seinem Kern zielte es auf die Sammlung von Dokumenten der Reformdiskussion der 80er Jahre und die Bereitstellung von Möglichkeiten, sie sachgemäß zu deuten. Aus der Kenntnis von Diskussionsthemen und Kommunikationskreisen setzten wir bei zentralen Akteuren der Reformdebatten an und erweiterten über wechselseitige Verweisbeziehungen das Feld der einzubeziehenden Personen. Ihre Publikationen wurden ausgewertet; sie wurden um die Übergabe weiterer, vor allem nicht veröffentlichter Materialien und um ein Expertengespräch gebeten. In den Gesprächen waren wir bemüht, Aussagen zum politisch-wissenschaftlichen Selbstverständnis, zur Entwicklung von theoretischen Vorstellungen und Konzepten, zum Entstehungs- und Wir-

² Vgl. u.a.: H. Bortfeld: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie? Bonn/Berlin 1992; M. Gerner: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994; W. Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: T. Klein, W. Otto, P. Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 137-561; A. Herbst, G.-R. Stephan, J. Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.

³ S. Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998, S. 340.

⁴ S. Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/ Main 1992, S. 324.

⁵ Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. Dokumentation und Rekonstruktion kommunikativer Netzwerke und zeitlicher Abläufe, Analyse der Spezifik und der Differenzen zu anderen Reformdiskursen der SED. Antragsteller: S. Meuschel, E. Crome; Projektbearbeitung: R. Land, L. Kirschner, G. Richter.

kungszusammenhang einzelner Texte und zu den kommunikativen Verbindungen zu erhalten. Die Tonbandmitschnitte wurden transkribiert, sprachlich überarbeitet und vom den Befragten autorisiert, die uns übergebenen Materialien gesichtet und dokumentiert. In der empirischen Feldarbeit wurden insgesamt 32 Fälle erhoben, die jeweils eine Person oder einen Kommunikations- bzw. Arbeitskreis umfassen. Das erstellte Archiv „Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre“ ist über die Bibliothek des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Leipzig, die Bundesstiftung Rosa Luxemburg und die GSFP der wissenschaftlichen Nutzung zugänglich. Es umfaßt 32 Bestände mit 61 Bänden, insgesamt ca. 15.500 Seiten. In das Archiv aufgenommen wurden nicht veröffentlichte Ausarbeitungen, „graue“ Literatur und schwer zugängliche Publikationen; es enthält darüber hinaus die autorisierten Gesprächsprotokolle und im Einzelfall relevante Unterlagen aus der Gauck-Behörde und Parteiinstitutionen. Dokumentiert werden u.a. folgende Diskussionszusammenhänge: die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische und methodologische Probleme der Politischen Ökonomie“, die ab 1977 an der Humboldt-Universität tätig war; der Jenaer Arbeitskreis zu Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“ - ein Forum insbesondere von Vertretern der jüngeren Generation; die Gruppe an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften um Rolf Reißig; das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus. Von den jüngeren SED-Reformern existieren Bestände u.a. zu Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Rosemarie Will, Jürgen Jünger, Hans-Peter Krüger - sie dokumentieren deren wissenschaftlich-politische Aktivitäten auch über das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus hinaus -, zu Siegfried Kost aus Dresden, Wolfgang Frindte und Wolfgang Behlert aus Jena und Bernd Okun aus Leipzig. Das Archiv enthält bisher unbekannte oder unzugängliche Materialien von wissenschaftlich-zeithistorischer Relevanz; z.B. die 1980 nicht zur Publikation freigegebene über 400seitige Studie von Gerhard Haney „Sozialistisches Recht und Wert“, den Text von Jürgen Jünger „Ökonomische Grundlegung eines modernen Sozialismus“ von 1989 und Rosemarie Wills Manuskript „Was wir konkret darunter verstehen, wenn wir sagen: Mehr Sozialismus heißt mehr Demokratie“, das Anfang November 1989 im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines alternativen Politbüroreferats zur 11. ZK-Tagung entstand. Für elf Fälle wurden Kurzdarstellungen zum Platz des Akteurs bzw. Kommunikationskreises im SED-Reformdiskurs der 80er Jahre erarbeitet, die dem jeweiligen Bestand vorangestellt sind. Sie fassen die wichtigsten Fakten zu Tätigkeit und Umfeld sowie die wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Überlegungen zusammen und erleichtern so den künftigen Nutzern den Zugang. Wir hoffen, daß das Archiv die wissenschaftliche Arbeit befördern wird.⁶

In einem ersten analytischen Zugriff gehe ich im weiteren auf die gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen der SED-Reformergenerationen in den 80er Jahren ein und beziehe mich dabei exemplarisch auf Uwe-Jens Heuer einerseits, das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus andererseits. Die Darstellung zeichnet die je besondere innere Logik der Konzepte nach und will so deren Differenz wie auch die ihnen gemeinsame Antidogmatik und die Nähe ihrer politischen Reformgedanken deutlich machen. Dies scheint auch deshalb von Interesse, weil Heuer heute oftmals nur als Repräsentant orthodoxer Positionen wahrgenommen wird - damals aber galt er als einer der exponiertesten Reformer, man hört sogar, daß Jutta Limbach ihn für *den* Sozialdemokraten unter den DDR-Juristen hielt.

In den SED-Debatten der 80er Jahre war Uwe-Jens Heuer einer der herausragenden Vertreter derjenigen Generation, die sich um die Reformbemühungen Mitte der 60er Jahre formiert hatte. Seit er 1982 zum Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften gewechselt war, konzentrierte sich seine wissenschaftliche Tätigkeit auf zwei Schwerpunkte -

⁶ Das Verzeichnis der Bestände und Materialien des Archivs ist einsehbar über: <http://berlinerdebatte.sireco.de>.

das in das Buch „Marxismus und Demokratie“ mündende Bemühen um eine marxistische Demokratietheorie mit gesellschaftsstrategischer Reichweite sowie die Aufarbeitung der sich in den anderen sozialistischen Ländern vollziehenden praktischen Veränderungsprozesse. Heuer leitete den beim Wissenschaftlichen Rat für Ökonomie und Politik sozialistischer Länder 1983 gebildeten Arbeitskreis „Wirtschaft, Staat und Recht sozialistischer Länder“ - er bezog u.a. Dieter Segert und Rosemarie Will ein -, prägte dessen konzeptionelle Ausrichtung und verantwortete die gemäß der Einbindung in den Zentralen Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung vorzulegenden Ergebnisse⁷. Auch Heuers demokratietheoretische Arbeit firmierte als Projekt des Zentralen Planes und war insofern wissenschaftspolitisch legitimiert. Die in einer Sitzung seiner Klasse der Akademie der Wissenschaften geäußerte dogmatische Kritik hatte keine Durchsetzungskraft mehr - in mehreren Aufsätzen konnte Heuer zentrale Punkte seines Gedankengangs präsentieren und 1987 die Projektergebnisse erfolgreich verteidigen. Ohne daß es, wie bei seinen früheren Büchern, noch zu Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung und zu Veränderungsforderungen gekommen wäre, erschien die im Sommer 1988 abgeschlossene Arbeit im Oktober 1989 im Staatsverlag der DDR; zeitgleich brachte der Nomos-Verlag eine bundesdeutsche Lizenzausgabe heraus. „Marxismus und Demokratie“ und die in seinem Umfeld entstandenen Publikationen gehen von dem Bewußtsein aus, daß gesellschaftliche Reformprozesse wie in allen sozialistischen Ländern auch in der DDR unabdingbar notwendig sind. Der dafür zu leistende rechts- und politikwissenschaftliche Beitrag, so Heuers Problemsicht, wird durch die fortwährende Dominanz von Auffassungen zu Demokratie, Staat und Recht blockiert, die - sich auf bestimmte Thesen von Marx wie Lenin berufend - die Thematisierung innerer Widersprüchlichkeiten sozialistischer Existenz und Entwicklung ausschließen. Dem stellt Heuer einerseits eine breit angelegte Darstellung der historischen Entwicklung marxistischen Demokratiedenkens gegenüber, das die Marxschen und Leninschen Positionen jeweils konkret-historisch deutet, die Beiträge u.a. von Bakunin, Bernstein, Luxemburg, Gramsci und Lukács einbezieht und konzeptionelle wie praktisch-politische Rückschritte nicht verschweigt; andererseits entfaltet er unter Bezugnahme auf die eingeleiteten Veränderungsprozesse in den anderen sozialistischen Ländern und die sie begleitenden wissenschaftlichen Diskussionen sein Konzept reformatorischer Demokratie- und Gesellschaftsentwicklung. Dessen Grundgehalt kann folgendermaßen umrissen werden:

1. Heuer führt seinen Angriff insbesondere gegen die mit der Babelsberger Konferenz zur herrschenden Lehre gewordene Theoriekonstruktion Karl Polaks. Dieser hatte - in Abgrenzung gegenüber kapitalistischen Verhältnissen und die kommunistische Utopie als Gegenwart setzend - die Identität von Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum postuliert und so sozialismusspezifische Widersprüche negiert. Heuers Zurückweisung des Paradigmas der Identitätsdoktrin kritisierte den zu bloßer Legitimationsideologie verkommenen Dogmatismus in Staats- und Rechtswissenschaft; auf gesellschaftliche Realität bezogen macht er damit indirekt Front gegen eben diese apologetisch gestützten Zustände und Verhältnisse.

So heißt es u.a.: „Polaks Konzeption war von demokratischen Ansätzen ausgegangen. Die große Bedeutung, die er der Erziehung, nicht zuletzt in seiner Strafrechtskonzeption beimaß, schloß jede Berührung mit der Stalinschen Theorie der ‚harten Diktatur‘ aus. Aber sein Ausgangspunkt des Entwurfs der Kommune, die damit verbundene Identitätsthese in bezug auf Gesellschaft, Staat, Recht, Individuum verschloß den Zugang zur inneren Dialektik des Sozialismus, zur inneren Begründung des sozialistischen Staates, zur Spezifik der sozialistischen Demokratie. Diese Identitätsdoktrin stand - und steht teilweise noch heute ... - der wirklichen Überwindung der in den 30er Jahren herausgebildeten Identifikation von Diktatur des Proletariats und sozialistischer Demokratie, der damaligen Negierung spezifischer Fragestellungen nach einem Widerspruchsverhältnis von Massen und eigenem Staat, nach der Freiheit eines jeden, nach der Einheit von Kontinuität und Diskontinuität im Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie, mit ihrer Rechtfertigung über-

⁷ Siehe u.a.: Autorenkollektiv unter Leitung von U.-J. Heuer: Wirtschaft, Staat und Recht sozialistischer Länder - ausgewählte Probleme und Entwicklungstendenzen. Studie. Vorlage für die Verteidigung des Z-Projektes 02.02.06 im Wissenschaftlichen Rat ÖPS am 25.9.1987, Berlin September 1987 (unveröffentlicht), in: Archiv „Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre“, Bestand Heuer, Band 3.

mäßiger Verstaatlichung entgegen. Je umfassender die Begriffe der sozialistische Demokratie, der Diktatur, des Staates definiert werden, desto mehr verschwinden alle Unterschiede zwischen ihnen, gehen sie in einer allgemein gefaßten Herrschaft des Volkes auf, fällt jede Möglichkeit weg, mit ihrer Hilfe das politische System des Sozialismus zu erfassen, seine Entwicklung zu beschreiben. ... Die Auseinandersetzung mit der Identitätsdoktrin scheint mir auch deshalb noch heute geboten, weil eine nicht realisierte Utopie auch in Konservatismus, ja selbst in Defätismus umschlagen kann.“⁸

2. Betont Heuer die Nichtidentität von Gesellschaft und Staat, so leitet er Existenz und Funktionen des sozialistischen Staates vom gesellschaftlichen Eigentum ab. Sozialismus ist für ihn an nicht-privateigentümliche Verhältnisse, genauer: an gesamtstaatliches Eigentum gebunden; dem sozialistischen Staat kommt eine unverzichtbare und noch zunehmende ökonomische Rolle zu.

In seinen in Vorbereitung der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz 1989 veröffentlichten Thesen führt Heuer beispielsweise aus: „Sozialistisches Eigentum muß ... zum entscheidenden Teil gesamtgesellschaftliches Eigentum sein, wobei Charakterisierungen als staatliches sozialistisches Eigentum und Volkseigentum heute synonym gebraucht werden. Derartiges gesamtgesellschaftliches Eigentum ist ohne staatliche Planung, ohne einen diese staatliche Planung gewährleistenden Staatsapparat nicht realisierbar. In einer Gesellschaft mit differenzierter Sozialstruktur, mit Interessenwidersprüchen müssen die aktuellen gesellschaftlichen Interessen jeweils verbindlich staatlich definiert, muß durch den Staat das Leistungsprinzip gewährleistet, Mehrprodukt staatlich zentralisiert werden. Die Verantwortung des Staates nimmt mit der wissenschaftlich-technischen Revolution noch zu, damit die Potenzen des Sozialismus im Wettkampf der Systeme voll zur Geltung kommen können, damit die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gewährleistet, Strukturwandel durch grundlegende politische Entscheidungen fixiert und das ökologische Gleichgewicht gesichert werden kann.“⁹

3. Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen sieht Heuer in der Kontinuität des Projektes der 60er Jahre. Die sich vollziehenden Wandlungen des Wirtschaftsmechanismus in den anderen sozialistischen Staaten und die sie begleitenden Diskussionen erscheinen als Wiederaufnahme der damals abgebrochenen Reformbemühungen und -debatten. Es gilt, den gesellschaftlichen Reorganisationsprozeß bis in die politisch-rechtliche Sphäre zu treiben, um die Grenzen des früheren Ansatzes zu überschreiten und die Vorzüge gesellschaftlichen Eigentums überhaupt ausprägen zu können.

In einem im November 1988 gehaltenen Vortrag formuliert Heuer: „Die Diskussionen der sechziger Jahre um Interessen, Rolle der Ware-Geld-Beziehungen und Rolle des Marktes mit ihren juristischen Konsequenzen werden wieder aufgenommen. Es geht um alte Probleme des Sozialismus, die aber unter neuen Bedingungen aufgeworfen und konsequenter auch mit Veränderungen auf politisch-rechtlichem Feld verbunden werden.“¹⁰ Und in „Marxismus und Demokratie“ wird - nach der Referierung sowjetischer Positionen, die die Begrenztheit der Ansätze der 60er Jahre darin sehen, daß es zu keinen umfassenden Wandlungen im politischen System, im geistigen und ideologischen Leben kam - betont: „Wir müssen die Vorzüge des Sozialismus gerade in der politischen Sphäre der Gesellschaft suchen. ... Das darf uns nicht hindern, den Marktmechanismus zu nutzen, sogar erheblich mehr als bisher, auch hier Experimente, Veränderungen nicht zu scheuen. Der Sozialismus muß aber darüber hinaus Kräfte freisetzen, die das gesellschaftliche Eigentum überhaupt erst hervorbringt. Das aber sind Kräfte des Allgemein-Gesellschaftlichen, des Politischen, des Staates, aber eben nicht allein des Staates, sind alle Kräfte der inneren Dialektik des politischen Systems des Sozialismus, seiner Vielfalt.“¹¹

4. Heuer entwickelt in „Marxismus und Demokratie“ seine gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen im Rahmen einer politiktheoretischen Argumentation. Er bestimmt die Beziehung von staatlicher Leitung und demokratischen Bedürfnissen der Individuen, von Volksmassen und eigenem Staat als politischen Grundwiderspruch des Sozialismus und behandelt vier Ebenen seiner gesellschaftliche wie individuelle Entwicklung hervorbringenden produktiven Vermittlung. Die in den Ausführungen zur „Interessendialektik“, zur Rolle von Wissenschaft bei der „Assoziierung des Verstandes“, zu „politischer Kultur“ und zum „Recht“ enthaltenen Reformgedanken sollen hier nur in einigen Schlagworten verdeutlicht werden. Hinsichtlich der Ökonomie spricht er beispielsweise von einer „Vielfalt von Subjekten des staatlichen Eigentums“ (S. 415), orientiert auf eine „stärkere Rolle ökonomischer, indirekter Leitung“ (S. 456) und stellt das Problem, „in welcher Form das Recht als

⁸ U.-J. Heuer: *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, S. 360/361.

⁹ U.-J. Heuer: *Die Verfassung der DDR und die effektive Nutzung des sozialistischen Eigentums*, in: *Staat und Recht* 38 (1989) 6, S. 505/506.

¹⁰ U.-J. Heuer: *Eigentum und Recht im gegenwärtigen Sozialismus*, in: W. Hoffmann-Riem u.a. (Hg.): *Rechtssoziologie in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1990, S. 119.

¹¹ U.-J. Heuer: *Marxismus und Demokratie*, S. 340.

Vermittlung im Widerspruch zwischen Wirtschaftseinheiten und Staatsorganen wirken kann“ (S. 456). Ausgehend von der Funktion gesellschaftswissenschaftlicher Forschung im Sozialismus geht es Heuer um „Meinungsstreit“, „Vielfalt - wenn man will Pluralität“, „öffentliche Auseinandersetzung“. „Der assoziierte Verstand kann nur ein öffentlicher Verstand sein.“ (S. 430) Anhand einer breiteren Darstellung von Positionen und Zielstellungen der Perestroika werden die Konturen einer von „Meinungspluralismus“ (S. 447), „der Publizität, der gesellschaftlichen Kontrolle, Kritik und Selbstkritik“ (S. 446) geprägten sozialistischen Öffentlichkeit umrissen; zum Zentralpunkt einer neuen politischen Kultur avanciert der Machteinfluß der Individuen: „Heute geht es vor allem darum, demokratische Haltungen durch reale Machtausübung zu stärken ... So wie Eigentümerbewußtsein nur der hat, der tatsächlich Subjekt des Eigentums ist, so hat auch nur der Machtbewußtsein, der tatsächlich Macht ausübt.“ (S. 445) Die Ausführungen in „Marxismus und Demokratie“ zum Recht nehmen die vielfältigen aktuellen Diskussionsthemen auf; als Zusammenfassung kann eine Vortragspassage Heuers gelten:

„Die neue Sicht des Rechts, als Instrument des Staates und gleichzeitig als Maß seines Wirkens, ist auch letztlich die Ursache dafür, daß in immer mehr sozialistischen Ländern heute vom sozialistischen Rechtsstaat die Rede ist. Menschenrechte, aber auch subjektive Rechte der Wirtschaftseinheiten, Vorrang des Gesetzes, Verbindlichkeit des Rechts für Bürger, Wirtschaftseinheiten und Staatsorgane gleichermaßen, Gewaltenteilung in dem Sinne wie Marx sie 1848 charakterisierte als ‚die profane industrielle Teilung der Arbeit, zur Vereinfachung und Kontrolle angewandt auf den Staatsmechanismus‘ sind dem Sozialismus nichts Fremdes, von außen Aufgezwungenes, sondern notwendige Ausdrucksform nicht der Widersprüche des Privateigentums, sondern der Widersprüche des sozialistischen Eigentums.“¹²

Überschaut man die Heuerschen Vorstellungen im Ganzen, wird deutlich, daß er versucht, gesellschaftliches Eigentum und politische Demokratisierung zusammenzudenken. Dieses sozialismuskonzeptionelle Paradigma hatte gegenüber den monolithischen Gesellschaftsstrukturen wie deren dogmatischer Reflexion in Parteiideologie und Gesellschaftswissenschaften beachtliche Sprengkraft. Insbesondere die Gedanken zur politischen Reformierung trieben in ihrem impliziten Gehalt noch über die Grenzen des eigenen Ansatzes hinaus, was auch daran erkennbar ist, daß der Platz und die Rolle der Partei in „Marxismus und Demokratie“ nicht ausschließlich nur aus politisch-pragmatischen Gründen nicht ausführlicher zur Behandlung kommt. Im von uns durchgeführten Gespräch deckte Heuer dies als theoretische Leerstelle auf:

„Ich muß auch sagen, daß, wenn ich über diesen Sozialismus nachdachte, nie wußte, was ich mit der Partei anfangen sollte. Ich hatte ja eigentlich vor, in ‚Marxismus und Demokratie‘ ein Kapitel über die Partei zu schreiben. Aber ich habe das dann nicht gemacht, weil ich mir darüber nicht klar war. Ich habe natürlich ein bißchen dazu geschrieben, etwas von Gorbatschow genommen. ... Wenn man eine Gesellschaft will, die den Einzelnen nicht mehr in den Marktmechanismus zwingt - wie wird die Gesellschaft dann in sich verbunden? Ich hatte das damals nicht lösen können, deswegen habe ich auch auf das Kapitel über die Partei verzichtet. Weil ich nicht nur sagen wollte, daß es in der Partei nett und ordentlich zugehen muß. Und das ist mir nach wie vor nicht klar. Ich weiß auch nicht, ob man das theoretisch beantworten kann.“¹³

Inspirator des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus, dieses später wirkungsmächtigsten Arbeitszusammenhangs jüngerer SED-Reformer, war Michael Brie. Nach der Verteidigung seiner B-Dissertation am Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen tätig, betrieb er ab Anfang 1988 die Institutionalisierung eines Forschungsprojekts zur Sozialismustheorie. Im Entwurf der Vorbereitungskonzeption hieß es: „Ziel des Projekts sollte es sein, im Zeitraum von 1989 bis 1995 ein relativ konsistentes, umfangreiches Konzept der kategorialen Widerspiegelung der Wesenszusammenhänge des Sozialismus auf seiner entstehenden neuen Entwicklungsstufe und in den neuen globalen Zusammenhängen auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen.“¹⁴ Als Träger der Forschung

¹² U.-J. Heuer: Eigentum und Recht im gegenwärtigen Sozialismus, S. 124.

¹³ Gespräch mit U.-J. Heuer vom 21.5.1997, Zeilen 690-702, in: Archiv, Bestand Heuer, Band 1.

¹⁴ M. Brie, D. Segert: Entwurf. Vorbereitungskonzeption des Projekts „Grundlagen der Sozialismustheorie. Internationale Diskussion und konzeptionelle Ausarbeitung“, Januar 1988, S. 3 (unveröffentlicht), in: Archiv, Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, Band 1.

wurden die Bereiche Historischer Materialismus (Michael Brie), Wissenschaftlicher Kommunismus (Dieter Segert) und Philosophische Probleme der Gesellschaftswissenschaften (Rainer Land) an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität benannt, vielfältige Kooperationsbeziehungen zu nichtphilosophischen Einrichtungen wie zu ausländischen Wissenschaftlern waren vorgesehen. Zu seinen Intentionen und zu seinem Vorgehen erklärt Brie im Gespräch:

„Es war doch so: Jeder hat sich irgendwie mit diesem Sozialismus beschäftigt. Aber es gab, wie ich fand, keine zusammenfassende konzeptionelle Verständigung. Jeder hat irgendwie versucht, das Problem zu bearbeiten, aber was das eigentlich war für ein Sozialismus, mit dem wir es zu tun hatten, und welcher andere Sozialismus denkbar war, das tauchte immer nur irgendwie auf, aber nicht systematisch. Und meine Vorstellung war: wir bringen das systematisch zusammen.“¹⁵ Und: „Ich wollte einen alternativen Diskurs vor allem jüngerer Leute sozusagen offiziell etablieren und setzte dazu die mir aus dem Ministerium vertrauten Instrumente des Planes der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung ein. Es gab die Ebene des Zentralen Plans, also die ZK-Ebene, die Ebene des Plans des Ministeriums, die M-Ebene, und die Ebene der Universität. Das Projekt sollte nicht zu hoch angebunden werden, damit sich nicht zu viele einmischen, aber auch nicht zu niedrig; meine Vorstellung war, ein M-Projekt daraus zu machen. ... Da ich nun nicht bis zum Beginn der Planperiode warten wollte, habe ich die Vorbereitung selber institutionalisiert, deswegen wird hier von einer Vorbereitungskonzeption gesprochen. Mir ging es um einen sozusagen offiziell abgestützten, in den Institutionen ablaufenden Diskurs. So hätte er alle Rechte, man könnte beispielsweise verschiedenste Leute aus den verschiedensten Einrichtungen einladen und heranziehen. Über die Einbindung in den Forschungsplan wäre auch abgesichert, daß das Projekt nicht als illegal wahrgenommen wird, man hätte so die Leute auf ihr prinzipielles Bekenntnis, daß das Thema bearbeitet werden muß, verpflichtet. Ich habe diese Vorbereitungs-materialien im Ministerium auf den Dienstweg gebracht, die Sache mit dem für Philosophie zuständigen Mitarbeiter besprochen. Und mit Dieter Klein gab es eine Abstimmung, weil das Projekt ja an der Humboldt-Universität laufen sollte.“¹⁶

Dieter Klein, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, unterstützte das Vorhaben und sicherte es so vor Eingriffen ab, aus dem Ministerium gab es zumindest keinen deutlichen Widerstand. Im November 1988 fanden zwei Diskussionen zur Vorbereitungskonzeption des Projekts statt und im Frühjahr 1989 wurde die Broschüre „Materialien der Eröffnungsberatung“ in einer Auflage von 250 Exemplaren veröffentlicht - damit war das Projekt noch vor einer offiziellen Legitimierung durch den Forschungsplan in seine Existenz getreten. Die in der Broschüre vorgenommene Selbstetiketierung als Forschungsprojekt Moderner Sozialismus macht deutlich, daß das Denken dieser jüngeren Reformer auf eine Verbindung von sozialistischer Emanzipation und Moderne zielte; ihre bis zum Sommer 1989 entwickelten gesellschaftskonzeptionellen Ansätze lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das den bisherigen Sozialismus charakterisierende Grundmodell der Ordnung gesellschaftlicher Bereiche, Verhältnisse und Subjekte hat seine Leistungskraft grundsätzlich erschöpft. Es bestand, so Michael Brie, in der Vorstellung vom Sozialismus als einem Monosubjekt, der administrativen Bindung aller gesellschaftlichen Subjekte an die Gesamtgesellschaft in ihrer staatlichen Form, der Hypersynchronisation gesellschaftlicher Teilbereiche über die Macht des Partei-Staats. Die Durchsetzung und nach wie vor gegebene Geltung dieses veralteten Sozialismusparadigmas haben in Stagnation und Krise geführt, es ist neu nach den Bedingungen von Emanzipation und Entwicklung zu fragen.

So heißt es in Bries Beitrag zur Eröffnungsberatung u.a.: „Die unter den z.Z. viel untersuchten historischen Umständen in der Sowjetunion Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre endgültig zur Dominanz gelangte Tendenz der Verstaatlichung aller gesellschaftlichen Kräfte, Fähigkeiten und Verhältnisse wurde im Paradigma vom ‚Sozialismus eines staatlichen Monosubjekts‘ zum Dogma erhoben und hatte so tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale Sozialismustheorie. Nicht neue Formen der Freisetzung aller selbständigen Kräfte der Individuen, Kollektive, Klassen und Schichten auf neuer, sozialistischer Grundlage, nicht die Entfaltung ihrer Eigenständigkeit und Eigeninteressiertheit, sondern die oft zwanghaft durchgesetzte Reduktion aller Tätigkeit auf die Realisierung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten wurde als eine höhere Form gegenüber dem Kapitalismus ausgegeben.“¹⁷ In einem Vortragstext von 1987

¹⁵ Gespräch mit Michael Brie vom 3.01.1996, Zeilen 578-583, in: Archiv, Bestand Michael Brie, Band 1.

¹⁶ (Zweites) Gespräch mit Michael Brie vom 10.06.1998, Zeilen 330-347, in: ebenda.

¹⁷ M. Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus - Thesen in der Diskussion, in: Forschungsprojekt „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“: Materialien der Eröff-

fordert er prononciert, „jene theoretischen Vorstellungen, die den Sozialismus in seiner historisch ersten Stufe widerspiegeln, auf ihre Gültigkeit zu überprüfen, und ein neues Paradigma in der Sozialismustheorie auszuarbeiten“¹⁸; sein sozialismustheoretisches Grundverständnis umreißt er folgendermaßen: „Im Zentrum des zu schaffenden neuen sozialismustheoretischen Paradigmas muß ein neues Verständnis der Verhältnisse der gesellschaftlichen Subjekte des Sozialismus stehen - eine Konzeption, die die Mannigfaltigkeit der Subjekte des Eigentums, der Macht und der Bewußtheit auf der Grundlage der Gemeinschaftlichkeit der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Lebensbedingungen begründet. Auf dieser Basis entfaltet sich nicht der privateigentümliche, in Ausbeutung umschlagende bürgerliche Pluralismus sich fremder und feindlicher Subjekte, sondern die assoziierende Einheit sich entwickelnder Mannigfaltigkeit. Diese Einheit entsteht nicht durch Vereinheitlichung, nicht durch zwanghaft durchgesetzte Gleichmacherei. Sie ist ein besonderes Verhältnis des Mannigfaltigen - ihre assoziierende Entwicklungsform.“¹⁹

2. Die Thematisierung der Bedingungen von gesamtgesellschaftlicher und individueller Entwicklungsfähigkeit erfolgt bei den jüngeren SED-Reformern unter Aufnahme nichtmarxistischer Theoreme²⁰ und mit einem insbesondere modernetheoretischen Zugriff. Zentralpunkt ist einerseits die Herausstellung allgemeiner, Sozialismus wie Kapitalismus übergreifender Strukturformen. Autonomie der Subjekte, Verselbständigung der gesellschaftlichen Teilbereiche von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur, deren interne Strukturierung gemäß ihres je besonderen Wettbewerbsmodus gelten als allgemeine Charakteristika der Moderne.

Im Einleitungstext der Broschüre zur Eröffnungsberatung wird die Kategorie „moderne Gesellschaft“ folgendermaßen eingeführt: „Wenn hier und an anderer Stelle von moderner Gesellschaft gesprochen wird, so sei darunter eine Gesellschaft verstanden, deren Reproduktion mit Zwangsläufigkeit auf die Entwicklung des materiellen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktionsprozesses gerichtet ist. ... Dies setzt erstens die Auflösung der naturwüchsigen Verschränktheit von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion voraus und zweitens die Entstehung relativ selbständiger Teilbereiche der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Wissenschaft, Bildung usw. Erst dadurch können die besonderen Entwicklungspotentiale der Individuen einerseits bzw. der jeweiligen Teilbereiche andererseits gesellschaftlich umfassend freigesetzt und zugleich als Entwicklungszusammenhänge mehr oder minder beherrscht werden.“²¹

Andererseits war die sozialistisch-emanzipatorische Perspektive zu wahren. Auf der Ebene des Nachdenkens in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen werden Moderne und Sozialismus u.a. über den Begriff der Assoziation und die Fassung von Entwicklung als Ko-Evolution von Subjekten vermittelt. Die ambitionierteste Theoriekonstruktion entwirft Hans-Peter Krüger.²² Er unterscheidet zwischen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Evolution und bestimmt deren je besondere interne Wettbewerbsstruktur. Im Ökonomischen wird hier auf das Agieren von selbständigen Produktionseinheiten um den Zusatzgewinn von Innovationen, im Politischen auf die Erreichung von Hegemonie in den Formen von demokratischer Gewaltenteilung und Öffentlichkeit, im Kulturellen auf die argumentative Auseinandersetzung um objektive Wahrheit, intersubjektive Richtigkeit und subjektiv überzeugende Sinnggebung abgestellt. Emanzipatorische Entwicklung wird, so Krüger, zunächst dadurch verfehlt, daß die je spezifischen Evolutionsstrukturen negiert werden - wie das im bisherigen Sozialismus gemäß des Denkmodells vom Monosubjekt geschah. Darüberhinaus jedoch sind Dominanzverhältnisse bedeutsam. Der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang konstituierte sich im klassischen Kapitalismus über die formationsbildende Kraft der Ökonomie. Insofern deren monetäre Verkehrsformen und gewinnorientierte Rationalitätskalküle nach wie vor der wesentlichste Integrationsmodus bürgerlicher Gesellschaften sind, ökonomische Evolution die politische und kulturelle dominiert, kann von kapitalistischen Gesellschaften gesprochen werden. Ein

nungsberatung November 1988, Humboldt-Universität zu Berlin 1989, S. 39/40.

¹⁸ M. Brie: Zu einigen Problemen der Entstehung eines neuen Paradigmas in der Sozialismustheorie, S. 1 (Konferenzbeitrag Oktober 1987, überarbeitete Fassung, unveröffentlicht), in: Archiv, Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, Band 1.

¹⁹ Ebenda, S. 6.

²⁰ Für die Rezeption aktueller westlicher Philosophieentwicklung exemplarisch: H.-P. Krüger: Kritik der kommunikativen Vernunft, Dissertation B, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1987; für die Schumpeter-Rezeption: R. Land: Ökonomische Bewegung und historische Alternativen, 5.4.1985 (unveröffentlicht), in: Archiv, Bestand Land, Band 1.

²¹ M. Brie, A. Brie, R. Land, D. Segert: Zum Zusammenhang von Sozialismustheorie, Epocheverständnis und Theorie des modernen Kapitalismus, in: Forschungsprojekt: Materialien der Eröffnungsberatung, S. 13.

²² Vgl.: H.-P. Krüger: Die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft, in: ebenda, S. 94-123.

neuer Sozialismus wäre dadurch charakterisiert, daß die argumentativ erarbeiteten Inhalte von Kultur gegenüber den politischen und ökonomischen Handlungs- und Evolutionszusammenhängen - ohne deren subsystemspezifische Eigenheiten zu brechen - Dominanz gewinnen, das kulturelle System in diesem Sinne zum evolutionär führenden wird.

3. Ähnlich wie in Krügers Theoriekonstruktion, werden mit den Thesen von gesellschaftlicher Assoziation und ko-evolutionärer Subjektentwicklung die Notwendigkeiten politischer Reformierung realsozialistischer Verhältnisse in hochabstrakter Weise angesprochen. In unterschiedlicher Akzentsetzung finden sich bei den jüngeren SED-Reformern aber auch Ansätze, die Zukunftsgestalt von Politik und Recht als solche theoretisch zu erörtern. Michael Brie stellt die Konturen der herzustellenden Öffentlichkeit²³ in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. In ihr sollen die Artikulation der je besonderen Interessen der mannigfaltigen Subjekte, deren politische Repräsentation durch Parteien und Organisationen, ein öffentliches wissenschaftliches Leben möglich werden. Dieter Segert orientiert auf die Einbettung des Staates in die politische Gesellschaft und bestimmt deren Stärkung als die Hauptlinie der Neugestaltung politischer Macht im Sozialismus.²⁴ Zentral ist für ihn die Setzung der Individuen als politischer Akteure, deren Handlungsfähigkeit rechtlicher Garantien wie institutioneller Grundlagen bedarf. Hier werden u.a. politische Menschenrechte, Interessenorganisationen und Massenmedien angesprochen. Rosemarie Will schließlich nimmt die apologetisch gemeinte Aufnahme des Rechtsstaatsbegriffs durch die SED-Führung zum Anlaß, um deutlich zu machen, daß Rechtsstaatlichkeit gemäß ihrer Kantschen Begründung auch Freiheit gegenüber dem Staat und Gewaltenteilung bedeutet.²⁵ Recht, so wird betont, hat die Unterordnung des Staates unter die sozialistische Gesellschaft zu garantieren, ist auch Maß der Politik. Werden so die dogmatischen Auffassungen von der staatlichen Gewalteneinheit, vom Recht als Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei zurückgewiesen, erscheint der Ausbau subjektiver Rechte und ihrer gerichtlichen Verfahrensgarantien als unmittelbar anstehende Aufgabe.

4. Den Zugang zur Konzeptionalisierung ökonomischer Reformen suchen die jüngeren SED-Reformer nicht über eine Diskussion der Eigentumsproblematik, sondern über die Frage nach den Bedingungen, die sozial progressive Innovativität ermöglichen. Entwicklungstheoretische Denkmodelle und Terminologie aufnehmend, bindet Rainer Land²⁶ Kreation von Innovationen an die Reproduktionsnotwendigkeiten und Entwicklungsinteressen ökonomischer Subjekte. Ist damit die Autonomie von Wirtschaftseinheiten und deren Agieren gemäß Rentabilitätskriterien und Gewinnerwartung gesetzt, so bedarf die Gewährleistung sozialer Progressivität der Selektion von Innovationen. Zum zu beeinflussenden Kernprozeß gerät so die Entscheidung über betriebliche Innovationsstrategien, dazu werden mit Wirtschafts- und Sozialräten neuartige Institutionen vorgeschlagen. In ihnen sollen die Vertreter von Verbrauchern, Kommunen, Ökologieorganisationen ihre jeweils spezifischen außerökonomischen Interessen und Maßstäbe zur Geltung bringen. In einem Text,

²³ Vgl.: M. Brie: Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus, insbesondere S. 51-53. Siehe auch die Materialien im Archiv, Bestand Michael Brie, Band 2: Sozialistische Öffentlichkeit - Entfaltungsform der Bewußtheit (Schreibmaschinenmanuskript, unveröffentlicht); Sozialistische Öffentlichkeit - Entfaltungsform der Bewußtheit (Computermanuskript, unveröffentlicht); Sozialistische Öffentlichkeit - Entfaltungsform der Bewußtheit. Öffentlichkeit - Modewort oder wissenschaftliche Kategorie? (Computermanuskript, unveröffentlicht); Sozialismusgestaltung und Öffentlichkeit (Computermanuskript, unveröffentlicht).

²⁴ Vgl.: D. Segert: Einige Grundprobleme einer politischen Theorie des modernen Sozialismus, in: Forschungsprojekt: Materialien der Eröffnungsberatung, S. 75-93.

²⁵ Vgl.: R. Will: Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung, in: DZfPh 37 (1989) 9, S. 801-812.

²⁶ Vgl.: R. Land: Die sozialökonomische Seite der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und ihre Weiterentwicklung, in: Forschungsprojekt: Materialien der Eröffnungsberatung, S. 57-74; R. Land: Mögliche wissenschaftliche Orientierungen für die weitere Strategiediskussion, in: Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt Sozialismustheorie, Sektion Philosophie: Studie. Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen der DDR und anderer sozialistischer Staaten des RGW, Juli 1989 (Manuskriptfassung), in: Archiv, Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, Band 1.

der zwar erst Ende Oktober/Anfang November 1989 formuliert wurde, inhaltlich jedoch die vormalige Gedankenentwicklung zusammenfaßt, formulieren Brie und Land:

„Der Versuch, eine den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Entwicklung entsprechende Wirtschaftsregulierung durch zentralistische staatliche Mittel durchzusetzen, ist nicht gelungen. Die Alternative - Marktsteuerung ohne bewußte Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung - ist aber ebenso problematisch. Uns erscheint daher ein Konzept für bedenkenswert, bei dem die Unterordnung aller Wirtschaftssubjekte unter die Zentrale ersetzt wird durch die Bindung aller Wirtschaftssubjekte ... an die Gesellschaft. ... Bindung an die Gesellschaft heißt dabei Bindung an die Individuen und ihre Lebensbedürfnisse, die durch entsprechende Interessenorganisationen repräsentiert werden müssen: Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Verbraucher- und Konsumentenorganisationen und andere mehr. Ist eine solche demokratische Form der Wahrnehmung der Eigentümerfunktion gegeben, so kann Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte nicht mehr dazu führen, daß sie Strategien verfolgen, die ausschließlich auf die Wirtschaftsentwicklung gerichtet sind, diese gemäß dem Profitprinzip gestalten. ... In der Herstellung demokratischer Rückkopplungen zwischen Wirtschaft und assoziierten Individuen scheint uns heute der Weg zu einem Wirtschaftssystem zu liegen, das Innovativität, Effektivität und soziale Progressivität verbindet, der Weg, der mit globalen Erfordernissen und progressiven Tendenzen und Kräften im modernen Kapitalismus korrespondiert.“²⁷

Wie exemplarisch gezeigt wurde, äußerten sich in den SED-Reformdebatten der 80er Jahre die unterschiedlichen Generationen mit letztlich differenten sozialismuskonzeptionellen Vorstellungen. Jedoch stand sowohl das Paradigma einer Verbindung von gesellschaftlichem Eigentum und politischer Demokratie als auch das einer sozialistischen Moderne quer zur gegebenen gesellschaftlichen Praxis und dogmatisierten Ideologie. Beide Reformergenerationen haben so zur Delegitimierung des Realsozialismus beigetragen. Auffällig ist, daß sich die bis zum Herbst 1989 artikulierten konkreteren Vorstellungen zur politischen Reform recht nahekommen. Dies scheint einerseits darin begründet, daß die explizite, präzise Formulierung der anzustrebenden Inhalte - Aufhebung der führenden Rolle der Partei, Trennung von Partei- und Staatsapparat, Etablierung eines pluralistischen Parteien- und konkurrenzdemokratischen Wahlsystems, juristisch einklagbare Grundrechte - vor dem Oktober aus strukturellen Gründen unmöglich war, im Rahmen legalen Handelns nicht kommunizierbar schien. Insofern können die Vertreter der jüngeren Generation hier gebremst gewesen sein, ihre Positionen auch im Kontrast zu denen ihrer Lehrer zu entwickeln. Andererseits wohnt der Theorie und Praxis politischer Reformierung eine eigenständige, geradezu zwanghafte Dynamik inne. Auch die älteren SED-Reformer haben nach dem Oktober 1989 die genannten Positionen akzeptiert und zu den ihren erklärt. Anders stellt sich dies hinsichtlich der ökonomischen Reform dar. Die Bedeutung der Eigentumsproblematik war und ist der eigentliche Differenzpunkt zwischen den Generationen. An der Frage der Vereinbarkeit von Kapitalverwertung und Emanzipation machen sich auch die langwierigen Auseinandersetzungen in der PDS um die Gegenwartsdeutung fest; hier stehen sich u.a. Uwe-Jens Heuer, der sich nunmehr im „Marxistischen Forum“ verortet, und Michael Brie als Mitautor des Programmkommentars gegenüber. Immerhin haben Gysis im August 1999 veröffentlichte Thesen „Gerechtigkeit ist modern“ in Terminologie und Inhalt das Paradigma einer sozialistischen Moderne aufgenommen. Wer dessen Entstehung im SED-Reformdiskurs der 80er Jahre nachvollziehen will, dem sei das Archiv „Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre“ als Materialgrundlage empfohlen.

²⁷ M. Brie, R. Land: Aspekte der Krise - Wege der Lösung, in: Einheit Heft 12/1989, S. 1088/1089.